

Rede
des Landesvorsitzenden der FDP-NRW
Prof. Dr. Andreas Pinkwart
zum Neujahrsempfang am Sonntag, 20. Januar 2008

- Es gilt das gesprochene Wort -

Ich begrüße Sie sehr herzlich zum Neujahrsempfang der nordrhein-westfälischen Liberalen. Herzlich willkommen im neuen NRW. Herzlich willkommen auch in diesem neuen Kongresshotel. Für das noch junge Jahr 2008 wünsche ich Ihnen persönlich viel Erfolg, Glück und vor allem natürlich beste Gesundheit.

Wir haben allen Anlass, das neue Jahr mit großem Optimismus in Angriff zu nehmen. Zumindest wir in Nordrhein-Westfalen. Das anspruchsvolle Modernisierungsprogramm, mit dem wir vor gerade einmal zweieinhalb Jahren gestartet sind, kann eine beachtliche erste Zwischenbilanz vorweisen.

Nordrhein-Westfalen zieht wieder an:

- Das wichtigste ist, dass bei uns wieder Jobs entstehen. Im letzten Jahr haben wir 130.000 Arbeitsplätze hinzugewonnen.
- So viele Ausbildungsstellen, wie seit 16 Jahren nicht mehr.
- Erstmals seit den 60er Jahren sinkt die Sockelarbeitslosigkeit.
- Die nordrhein-westfälische Wirtschaft wächst seit vielen Jahren endlich wieder schneller als im Bund.
- Der Aufschwung hilft, die öffentlichen Haushalte von Land und Kommunen wieder in Ordnung zu bringen.

Über viele Jahre war NRW Bremsklotz in Deutschland. Endlich ist Nordrhein-Westfalen wieder Wachstumsmotor. Darüber freuen wir uns. Das macht uns Mut für das neue Jahr.

Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

Nach meinem Selbstverständnis ist der Aufschwung zunächst und vor allem aber nicht der Erfolg der Politik. Diesen Aufschwung haben sich die Menschen im Land erarbeitet: mit ihrem Fleiß, mit ihrer Kreativität und ihrem unternehmerischen Mut.

Aber natürlich muss die Politik auch die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Die Dynamik hält nur an, wenn die Menschen auch zukünftig die Freiheit haben, die Ärmel hochzukrempeln und Leistung zu zeigen.

Denn was sich die Menschen in unserem Land zunehmend fragen, ist, wann der Aufschwung endlich auch bei ihnen im Portemonnaie ankommt. Und ihre Frage ist berechtigt.

Gerade jetzt müssten die Beschäftigten schneller und stärker am Erfolg ihrer Unternehmen beteiligt werden. Am besten geeignet wären hier neue Modelle der Erfolgs- und Kapitalbeteiligung.

Variable Lohnbestandteile und Mitarbeiterbeteiligung helfen dabei, dass der Faktor Arbeit unabhängig von der Konjunkturlage wettbewerbsfähig bleibt. Gleichzeitig wird erreicht, dass der Erfolg des Unternehmens auch zum Erfolg der Mitarbeiter wird und nicht nur auf den Vorstandsetagen gefeiert wird.

Hier sind mir noch zwei weitere Aspekte wichtig: Zum einen hat die leistungsfeindliche Steuer- und Abgabenpolitik der Großen Koalition dazu geführt, dass eine durchschnittliche vierköpfige Familie jährlich 1.600 Euro weniger zum Leben in der Tasche hat.

Der guten Ordnung halber sei angemerkt: Alle Gesetze, die zu den erheblichen Mehrbelastungen geführt haben, sind nicht mit den Stimmen von Nordrhein-Westfalen im Bundesrat beschlossen worden.

Es kann nicht angehen, dass die Große Koalition den Menschen in Nordrhein-Westfalen all das wieder wegnimmt, was sie sich hier hart erarbeitet haben.

Der zweite Punkt: Abkassiert wird nochmals über die kalte Steuer-Progression. Bei Lohnerhöhungen um vier Prozent erhöht sich die steuerliche Belastung um das Doppelte. Das Bundeswirtschaftsministerium sagt selbst: Allein dieser Effekt spült in den nächsten Jahren zusätzlich 63 Milliarden Euro in die Staatskasse. Und 85 Prozent davon bringen die Normalverdiener auf.

Das gleiche gilt für die Soli-Einnahmen, die Jahr für Jahr steigen und heute nur noch zu 60 Prozent zum Aufbau Ost benötigt werden. Der Rest geht in Steinbrücks Haushalt unter.

Ich fordere die Verantwortlichen in Berlin auf, nicht länger mit der Mindestlohndebatte davon abzulenken, dass Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land endlich von den zu hohen Steuern und Abgaben befreit werden müssen.

Es ist längst an der Zeit, die Freibeträge zu erhöhen und die Steuersätze zu senken. Deutschland braucht eine liberale Steuerreform: einfach, niedrig und gerecht.

Liberale Sozialpolitik

Der gleiche Reformbedarf zeigt sich bei den sozialen Sicherungssystemen. Die werden von der Großen Koalition doch nur noch von der einen zur anderen Reparatur geschleppt.

Jede Autowerkstatt kennt das bei Auslaufmodellen: Die Ersatzteile sind immer schwieriger zu bekommen. Und die Reparaturen werden immer teurer. So etwa im Gesundheitssystem. Die Kassenbeiträge steigen und steigen. Hier hilft nur der schnelle Umstieg auf ein neues Modell, wie es die FDP mit ihrem liberalen Gesundheitskonzept vorgelegt hat.

Das gleiche gilt für die so genannten Hartz-Gesetze – und die brauchen nicht nur einen anständigen Namen. Die Agenda 2010 war ebenso notwendig wie gut gemeint – aber ebenso unvollständig wie schlecht gemacht.

Mit uns gibt es keine Rolle rückwärts, sondern nur eine mutige Weiterentwicklung hin zu einem Steuertransfer-System aus einem Guss: Dem liberalen Bürgergeld mit weniger Bürokratie und mehr Effizienz.

Denn es fehlen immer noch wirksame Anreize, Einkommen und Vorsorge selbst zu erwirtschaften. Wir brauchen bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten, ein höheres Schonvermögen für angespartes Altersvorsorge und anstelle der nunmehr auch von den Gerichten für unzulässig erklärten Arbeitsgemeinschaften (Argen) eine effiziente Bündelung der Transferleistungen bei den Finanzämtern.

Liberaler Sozialpolitik, wie wir sie verstehen, heißt: Wirksame Hilfe für jene, die sich selbst nicht helfen können. Und: Wer arbeitet, muss netto immer mehr haben, als der, der sich vor zumutbarer Arbeit drückt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle die beabsichtigte Standortverlagerung von Nokia ansprechen. Wir haben großes Verständnis für die Wut und Enttäuschung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Werk selbst sowie in den betroffenen Zulieferunternehmen. Es ist selbstverständlich für die nordrhein-westfälische Landesregierung, die Betroffenen bei der Suche nach erträglichen Perspektiven zu unterstützen.

Der Fall Nokia macht aus meiner Sicht aber auch noch etwas anderes klar: Subventionen können Strukturprobleme zeitweise lindern aber nicht wirklich lösen. Wir müssen auf Dauer auch ohne Subventionen um so viel besser bleiben, wie wir teuer sind. Gerade Deutschland punktet nicht mit Rohstoffen oder besonders günstigen Lohnkosten. Es sind Innovationen und die große Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hier entwickelte Produkte auch international wettbewerbsfähig machen.

Aber global agierende Unternehmen entscheiden nicht nur nach ökonomischen Prinzipien. Bei Standortentscheidungen, wie auch beim Umgang mit Mitarbeitern, spielt die Herkunft des Unternehmens offenbar eine besondere Rolle. Dies darf nicht ohne Rückwirkung auf unsere Wirtschaftspolitik bleiben.

Statt mit Subventionen nach ausländischen Investoren zu schießen, müssen wir bessere Standortbedingungen für die hiesigen Unternehmen schaffen. Was macht aber die Große Koalition: Sie verschlechtert die steuerlichen Bedingungen für forschende Unternehmen und beabsichtigt die betriebliche Erbschaftssteuer für die Familienunternehmen zu erhöhen.

Beides ist Gift für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Gerade der Fall Nokia zeigt uns, dass Berlin hier endlich umsteuern muss. Vor allem aber brauchen wir mutige Investitionen in Bildung und Forschung – nur das macht den Standort Deutschland stark.

Innovationsland Nr. 1

Deshalb wollen wir Nordrhein-Westfalen zum Innovationsland Nr. 1 machen. Erste Etappenziele haben wir bereits erreicht. Aber die Aufholjagd erlaubt keine Atempause.

Die Innovationsfähigkeit unseres Landes ist der entscheidende Faktor für zukunftssichere Arbeitsplätze und für Wohlstand – vor allem für eine Exportnation ohne nennenswerte Rohstoffe.

Das wichtigste ist, dass wir in Köpfe investieren. Jahrelang wurde es versäumt, für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen die notwendigen Ressourcen bereitzustellen. Wir arbeiten dafür, dass die jungen Menschen bei uns ein erstklassiges Studium absolvieren können. Mehr Geld, mehr Wettbewerb und mehr Freiheit. Das sind die Prinzipien, mit denen wir unsere Hochschulen wieder attraktiv machen.

Mir geht es darum, dass wir jetzt dran bleiben und uns nicht auf den ersten Erfolgen ausruhen. Wir arbeiten mit Hochdruck am Hochschulpakt II, damit wir der steigenden Anzahl von Studienanfängern - gerade auch mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang - qualitativ hochwertige Studienangebote machen können.

Zu dem, was wir anpacken müssen, gehört ein Stipendiensystem für Deutschland. Ich meine, wir sollten zumindest den besten zehn Prozent der Studierenden eine bessere Förderung zuteil werden lassen. Nur so gelingt es uns, die besten Forscher für uns zu gewinnen.

Wer die besten Forscher haben will, braucht nicht nur mehr Geld, sondern auch Freiheit und Wettbewerb: Es sind die Arbeitsbedingungen, die besser werden müssen. Denn trotz Forschungsfreiheit im Grundgesetz wimmelt es in der Realität nur so vor Reglementierungen, Beschränkungen und bürokratischen Hürden.

Warum muss der Gesetzgeber festschreiben, dass herausragende Wissenschaftler in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit 65 Jahren ihre Stelle verlieren? An Hochschulen ist mit spätestens 68 Schluss. Mit der Konsequenz, dass Spitzenforschern am Ende nur übrig bleibt, unserem Land den Rücken zu kehren.

Das können wir uns nicht länger erlauben. Wir brauchen die Besten bei uns – da darf das Alter keine Rolle spielen.

Beste Chancen durch beste Bildung

Fundament für all das, was wir erreichen wollen, ist die Bildung unserer Kinder. Bildung ist für uns aber nicht nur Vermittlung von Wissen, sondern ebenso Wertevermittlung und Erziehung. Ohne eine Mindestausstattung an humanistischer Bildung führt kein Weg zu einer weltoffenen und toleranten Gesellschaft.

Das wichtigste, was wir leisten müssen, ist beste Bildung und beste Chancen für alle Kinder am Start. Gerade deshalb war es so wichtig, mit der Sprachförderung möglichst früh, bereits im Kindergarten zu beginnen. Unser Ziel ist es, dass die Kinder die deutsche Sprache beherrschen, bevor sie in die Schule kommen.

Bei der ersten Sprachstandserhebung ist rausgekommen: Jedes fünfte Kind ist angewiesen auf eine Förderung. In einigen Großstädten muss sogar jedes dritte Kind gefördert werden. In der Vergangenheit wurde über dieserlei Missstände einfach hinweggegangen. Jetzt wird hingeguckt, wir fördern früher, wir fördern länger. Das ist die sozialste Politik, die man machen kann.

Schule ist zu aller erst eine Veranstaltung für die Schüler und nicht für Lehrerverbände, Gewerkschaften und Politiker. Im Mittelpunkt steht für uns der einzelne Schüler mit seinen Fähigkeiten und Begabungen.

Die Kinder müssen pädagogisch sinnvoll, so individuell und differenziert wie möglich gefordert und gefördert werden. Dafür brauchen wir motivierte Schüler und Lehrer, beste Lehreraus- und Weiterbildung und engagierte Eltern.

Und wir brauchen Schulen, die mit ihrer Ausstattung – gerade auch was Naturwissenschaft und Technik betrifft – auf dem neuesten Stand sind.

Die Schulform ist für Liberale kein Selbstzweck, sondern eine aus dieser Zielsetzung abgeleitete Größe. Angesichts der demographischen Entwicklung und den steigenden Qualitätsanforderungen am Arbeitsmarkt, sind wir offen für Weiterentwicklungen unseres mehrgliedrigen Schulsystems.

Wir nehmen uns daher die Freiheit, über neue Formen der Zusammenarbeit von Haupt-, Real- und Gesamtschulen bis hin zu einer erweiterten Realschule zu diskutieren, wie ich es mit meinem Vorschlag für eine „regionale Mittelschule“ neben dem Gymnasium angeregt habe.

Und wir nehmen uns ebenso die Freiheit, der von SPD und Grünen aus rein ideologischen Gründen propagierten Einheitsschule eine klare Absage zu erteilen. Und diese Freiheit lassen wir uns auch von keinem nehmen.

Mehr Freiheit wagen

Das Regieren aus der politischen Mitte heraus funktioniert nur mit der FDP als Reformmotor und Korrektiv. Die CDU sucht die Mitte, wie wir seit ihrem Bundesparteitag wissen. Sie hat aber überall dort erkennbare Probleme, sie zu finden, wo sie allein oder mit dem falschen Partner regiert.

In Berlin fehlt eine schlüssige Reformagenda und der Mut, mehr Freiheit zu wagen. Wo Einigkeit besteht, werden die falschen Weichenstellungen getroffen: beim Post-Monopol-Mindestlohn, bei Steuererhöhungen und bei der Gesundheitspolitik. Gleichzeitig bedient sich die Union in Hessen einer populistischen Wahlkampfführung als Ersatz für eine vernunftgeleitete Politik mit Maß und Mitte.

Deutschland braucht eine starke FDP. Denn die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft mit bester Bildung, starken Innovationen und einer modernen Sozialpolitik gibt es nur mit uns.